



Erfurt, 08.02.2010

100 gute Tage für Thüringen

Liebe Genossinnen und Genossen,

100 Tage im Amt – das ist der traditionelle Zeitpunkt für eine erste Bilanz. Im November 2009 übernahm die SPD Regierungsverantwortung für Thüringen. Jetzt – 100 Tage später – können wir sagen, es war richtig so. Die SPD ist der Motor der Entwicklung im Land. Die ersten Erfolge sind da.

Die Entscheidung für eine Koalition mit der CDU war für uns nicht leicht. Wir haben hitzige Debatten geführt. Sehr viele Emotionen schwangen damals mit. Kein Wunder – schließlich waren wir die schärfsten Kritiker der Althaus-Regierung. Und dann sollten wir mit der CDU zusammen regieren?

Die Zusammenarbeit mit der CDU hatte von Anfang an eine zentrale Voraussetzung. Wie sehr war die CDU bereit, den Kurs von Dieter Althaus zu ändern? Wir haben diese Bereitschaft schon in den Sondierungsgesprächen einer ernsten Probe unterzogen. Der erste Beschluss des Landtages sollte ein gemeinsamer Appell für Demokratie und gegen Rechtsextremismus sein. Schluss mit dem Geeier der Jahre zuvor, in denen die CDU immer wieder vor einem klaren Bekenntnis zurückwich. Es gelang.

Die Arbeit der Landesregierung hat ein festes Regelwerk: Die Koalitionsvereinbarung. Eckpfeiler dieses Vertrages sind zentrale Vorhaben unseres Wahlprogramms. Viele haben uns zu den erfolgreichen Verhandlungen gratuliert.

Heute, nach den ersten 100 Tagen, stehen unsere ersten konkreten Errungenschaften fest:

- Die Detailarbeit an unserem Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz – gegen Rechtsextremismus hat unter Federführung des Sozialministeriums begonnen.
- Wir gehen aktiv mit der Finanz- und Wirtschaftskrise um. Das Wirtschaftsministerium hat Kreditmediatoren berufen. Unternehmen mit Liquiditätsproblemen haben damit eine direkte Anlaufstelle, die mit schneller Hilfe in der Krise zur Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt. Mit vollem Einsatz kämpft das Wirtschaftsministerium gegen die schwarz-gelben Pläne, die Solarbranche zu schwächen. Und: Seit Dezember gibt es den Thüringer „Wirtschafts- und Innovationsrat“. Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Wissenschaft beraten gemeinsam über die langfristigen Ziele der Förderpolitik.
- Die Verwaltungskosten – also die „kleinen Schwestern“ von Studiengebühren – sind abgeschafft. Den Finanzierungsanteil, den die Studenten an die Hochschulen abtreten mussten, übernimmt das Land. Damit sorgen wir für gute Studienbedingungen. Die nächsten Schritte wird der Hochschulgipfel der Landesregierung am 10. Februar bringen.

- Damit Betroffenen schnell geholfen wird, sorgt das Justizministerium für mehr Personal an den Sozialgerichten.
- Unsere Landtagsfraktion hat gemeinsam mit der CDU-Fraktion das neue Kindergarten-Gesetz eingebracht. Hart wurde bis zum Schluss verhandelt. Jetzt steht fest, dass die Ziele des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik auch umgesetzt werden. Mindestens 2000 neue und durch das Land geförderte Erzieherstellen garantieren eine bessere Betreuung und Bildung. Künftig gibt es einen Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag und einen garantierten Anspruch auf 10 Stunden Betreuungszeit. Die Elternmitwirkung wird gestärkt und integrative Angebote werden die Regel. Die Kommunen können sicher sein, dass die Lasten das Land trägt. Damit gibt es keinen Grund für höhere Elternbeiträge.
- Noch im Februar nimmt unser Projekt der neuen Thüringer Gemeinschaftsschule konkrete Züge an. Wir werden dafür sorgen, dass es so schnell wie möglich diesen neuen Schultyp mit gemeinsamem Lernen bis Klasse 8 gibt. Schon jetzt ist das Interesse überall im Land groß. Schon zum neuen Schuljahr werden erste Pilotprojekte an den Start gehen.
- Wir führen die Stichwahlen auf kommunaler Ebene wieder ein. Schon bei den meisten Wahlen zu ehrenamtlichen Bürgermeistern in diesem Jahr kommt diese neue „alte“ Regelung zur Anwendung.

Wir haben Verantwortung in einer schweren Zeit übernommen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist noch nicht überstanden. Die öffentlichen Haushalte stehen durch wegbrechende Steuereinnahmen vor großen Problemen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung verschärft die Probleme, indem CDU und FDP Steuergeschenke an die eigenen Klienten verteilt. Wir sind eine starke Stimme dagegen und haben dafür gesorgt, dass Thüringen im Bundesrat dem nicht zugestimmt hat.

Gerade wer in diesen Tagen den Blick nach Berlin richtet und vergleicht, der sieht: Wir machen es anders, wir machen es besser. Wir können darauf stolz sein. Klar ist, und da sollten wir uns nichts vormachen: Regieren ist kein leichtes Geschäft. Wir werden an Grenzen stoßen. Wir werden mit Kompromissen leben müssen.

Aber wir haben es in der Hand, dieses Land besser zu machen: Lebenswerter für seine Menschen. Sicher in seiner Zukunft.

Dafür arbeiten wir in den kommenden Jahren weiter. Und ich bin mir sicher, dass wir die Kraft, die wir dafür brauchen, immer wieder gewinnen werden. Denn eines lasst mich zum Schluss sagen: Ich bin stolz auf den Zusammenhalt unserer Partei. Wir haben gestritten über diese Koalition. Dann haben wir uns entschieden. Und seitdem stehen wir zusammen. Danke.

Solidarische Grüße



Christoph Matschie